

Rede von Hans-Jürgen Akuloff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, zum Haushalt 2015 auf der Kreistagssitzung am 23. Februar 2015

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Sehr geehrte Frau Landrätin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste,

Die bisherige Aussprache zum Haushalt zeigt: der schwere Brocken ist nur mit günstigster Kraftverteilung zu stemmen. Die gemeinsame Kraftanstrengung von Verwaltung und Politik muss darauf gerichtet sein, den Schuldenberg abzutragen und die Leistungsfähigkeit des Kreises für Einwohnerinnen und Einwohner zu erhalten.

Es ist ein Haushalt ohne neue Belastungen für die Folgejahre. Unsere Fraktion legt Wert auf die Feststellung, dass der vorliegende Entwurf von der Einbringung bis zur Beschlussvorlage eine sehr intensive Mitwirkung gefunden hat. Wesensmerkmal war, dass alle Vorschläge der Fraktionen und Ausschüsse von der Verwaltung kompetent mit Zahlenübersichten und Erläuterungen aufgenommen wurden. Dieser Haushalt hat eine Lage-bezogene Aktualität erhalten, weil Anträge, Stellungnahmen und Verteilungsvorschläge im ständigen Dialog mit der Verwaltung standen. Deshalb unsere anerkennenden Worte an die Verwaltungsspitze, an unseren Kreiskämmerer und an alle Beteiligten in den Ämtern bis zum Kreistagsbüro sowie an die Medientechnik. Noch kein Haushalt zuvor wurde so transparent und öffentlich vorbereitet. Wir erkennen nicht das Bemühen an, sondern das vorliegende Ergebnis!

Selbstverständlich hat dieser Entwurf – gut oder schlecht – keine Stunde Null. Er hat seine Ausgangsbasis in bisherigen Legislaturen im Landkreis Teltow-Fläming, auch wenn die Erinnerungen daran unterschiedlich sein mögen. Das macht es nicht leichter, sollte uns aber auch nicht davon abhalten, realitätsbezogen zu entscheiden. Auch unsere Wünsche sind größer als die realen Möglichkeiten. In der jüngsten Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA) hat mein Kollege Dirk Steinhausen sinngemäß gesagt, die Sünden der Vergangenheit haben uns Auflagen und Zwänge des Landes eingebracht. Die B 101, der Biotechnologiepark, die FGS, die SWFG als Investitionen gesehen, können doch aber keine Sünden sein. Die Beschlussumstände haben sich verändert. Die Vorteile der 1990er Jahre haben sich gewandelt.

Diese und weitere Beschlüsse hatten einen bestimmten Zeithorizont und sollten nicht Schnellschussargumenten, die nach Verkauf und „Abstoßen“ rufen, zum Opfer fallen. Herr Eichelbaum hat die Verwaltung bei Prestigeobjekten zum Handeln aufgefordert. Es ist aber ein gemeinsames Aufgabenfeld von Politik und Verwaltung.

Die Linksfraktion verschließt sich keinesfalls einer sachlichen Betrachtung – fordert sie sogar. Auf den Zusammenhang BER-Flugbetriebsbeginn und Starts- und Landungen in Schönhagen sei an dieser Stelle exemplarisch verwiesen: der Flugplatz ist kein Klotz am Bein sondern künftig wichtig für den Kreis.

Wir unterstützen den Vorschlag, im HFA dezernatsweise die produktgebundenen Ausgaben hinsichtlich ihrer notwendigen und künftigen Entwicklung zu diskutieren. Zeitnah ist dazu die fachliche Empfehlung der Ausschüsse abzugleichen. Wir wollen die finanzpolitische

Einordnung der Arbeitsaufgaben mit den Dezernats- und Amtsleitern im HFA und in den Fachausschüssen. Die noch zu schaffende Voraussetzung dafür ist eine effektive Zuständigkeitsordnung unter der Federführung unseres Kreistagsvorsitzenden Dr. Kalinka. Der Anstoß für dieses Verfahren ist von der SPD gekommen, Herr Barthel hat ausführlich dazu gesprochen, der Aufgabenkatalog mit rechtlicher Zuordnung geht uns jedoch nicht weit genug.

Wir sehen es als ureigene Pflichtaufgabe von uns Kreistagsmitgliedern zu den kostenintensiven Aufwandspositionen den Entscheidungsprozess zu führen. Auch sind wir der Meinung, dass die Kritikfähigkeit der Fraktionen zu Einsparungspotentialen die Mitverantwortung für ergebnisrelevante Entwicklungen deutlich machen muss. Wir haben nicht den radikalen Schnitt vor Augen und sehen auch die Handlungsfähigkeit des Kreises nicht eingeschränkt.

Kritiker des Haushaltsentwurfs bzw. seines Sicherungskonzeptes monieren den fehlenden Ergebniszuwachs aus eigenen Einsparungen, d. h. der Kreis lebt auf Kosten fremder Erträge und nicht durch Eigenleistungen.

Hierzu lehnen wir Zuspitzungen ab - und stehen zu den zehn Schwerpunkten des Haushaltssicherungskonzeptes. Auch weil Durchschnittsvergleiche mit anderen Kreisen höchstens Orientierungszahlen liefern können und weil die Vergleichbarkeit nicht gegeben ist.

Die klare, eindeutige Aussage ist: Wir sehen keinen Grund, den Konsolidierungswillen der Verwaltung infrage zu stellen. Auch weil er letztlich nur in Verantwortung von Kreistag und Kreisverwaltung zu verstehen ist. Auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister reden hier nicht nur ein Wörtchen mit.

Das ist gut. Wenn wir auch in Teltow-Fläming Lösungen finden, bei denen die Starken für die Schwachen stehen, sind das gute Ansätze. Soziale Entwicklung im Kreis findet auch auf der Ausgabenseite ihre Konsequenzen. So sind die Gesamtlasten von Bund, Ländern und Kommunen für Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe seit 2012 jährlich um zehn Prozent gestiegen und betragen ca. 33 Milliarden Euro. Gleichmaßen ist der Armutsbericht 2013 für die Bundesrepublik mit seinen Negativtendenzen auch für unseren Kreis zutreffend.

Eine wachsende Finanzierungsaufgabe im Haushalt ist auch die Schaffung der materiellen Basis für die Willkommenskultur, für Integration und Teilhabe. Menschen, die wegen Krieg, Gewalt und Verfolgung fliehen mussten, wollen wir mit einer zeitgemäßen Asyl- und Integrationspolitik helfen.

Die Entwicklung des Kassenkredites hat heute schon eine Rolle gespielt. Die deutliche Verringerung der Inanspruchnahme bestätigt auch den Schuldenabbau. Seine Festschreibung in der Satzung sollte unter Beachtung der kommunalaufsichtlichen Empfehlungen bekanntlich nicht erfolgen. Die Linksfraktion wird für die nächste Kreistagssitzung im April einen Antrag zur Festsetzung der Höchstsumme des Kassenkredites einbringen. Nach jetzigem Arbeitsstand sollte diese 38 Millionen Euro betragen.

Unzufrieden sind wir mit der Größenordnung der verfügbaren Mittel für direkte Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen. Die Absenkung der öffentlichen Investitionsquote ist leider zur allgemeinen Tatsache geworden. Auch der enge, begrenzte Rahmen bei den freiwilligen Aufgaben ist für uns problematisch. Die Verwendung der jährlichen Gewinnausschüttung der MBS Potsdam für soziale Zwecke und unsere Beschlüsse als Kreistag dazu sind richtig. Doch die internationale Zinsentwicklung wird sich auch auf die Ergebnisrechnung der erfolgreichen Sparkasse in Potsdam auswirken. Daran kommen wir nicht vorbei. Wir werden auch mit den klassischen Risiken wie konjunkturellen Schwankungen, der Absenkung von EU-Mitteln und

den Konsequenzen des BER leben müssen. Fakt ist: die externen finanziellen Zuweisungen sind rückläufig, erhoffte Ertragspotenziale fehlen noch.

Ausführlich diskutiert wurden auch die Personalaufwendungen. Effektiver Personaleinsatz steht an erster Stelle für uns. Theoretische, pauschalisierte Einsparungszahlen lehnen wir genauso ab, wie betriebsbedingte Kündigungen. Auch darf die Personalbedarfsplanung nicht darauf begrenzt sein, Instrument der Haushaltskonsolidierung zu sein.

Zusammenfassend wird unsere Unterstützung für das Haushaltspaket 2015 besonders wichtig, weil wir das Jahr 2019 mit deutlichem Schuldenabbau sehen wollen. In der Tat ist die stabilisierte Finanzlage im Landkreis Teltow-Fläming eine günstige Voraussetzung für die Funktional- und Kreisgebietsreform im Land Brandenburg.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit und uns allen ein gutes Votum.